



Interview

Kriminalisierung und Straflosigkeit – ein Dauerthema auch nach den Wahlen 2024

© KontraS

*„Kriminalisierung zielt darauf ab, innerhalb der Gesellschaft Angst zu schüren. Kritik gegenüber staatlichen Institutionen soll so verhindert werden“, sagt **Fatia Maulidiyanti** im Gespräch mit **Kartika Manurung** von **Watch Indonesia!**. Die Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger:innen und Aktivist:innen stellt auch eine große Herausforderung bei den Wahlen 2024 dar.*

Die Kriminalisierung von Aktivist:innen aus der Zivilgesellschaft nimmt in Indonesien zu. Dies musst du zurzeit auch am eigenen Leib erfahren.¹ Welche Herausforderungen siehst du gegenwärtig für Menschenrechtsverteidiger:innen in Indonesien?

Die Herausforderungen, mit denen Menschenrechtsverteidiger:innen in Indonesien heute konfrontiert sind, bestehen in der Verschärfung von Vorschriften, die dem öffentlichen Interesse zuwiderlaufen, und in der Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Das umfasst die Kriminalisierung und Einschüchterung von Aktivist:innen sowie das systematische Schüren von Angst durch Regierung, Polizei, dem Geheimdienst und dem Militär. Eine Spielart dessen stellt die Schaffung von Rechtsbestimmungen dar.

Wer sich für Menschenrechte einsetzt, wird oft als Gegner:in des Staates wahrgenommen und sieht sich rechtlicher Verfolgung oder Repression ausgesetzt. Das Gesetz über Informationen und elektronische Transaktionen (ITE) dient dabei als Instrument der Kriminalisierung, insbesondere durch die in ihm enthaltenen Verleumdungsklauseln. Mit der zunehmenden Bedeutung der digitalen Sphäre und den Unruhen während der Coronapandemie hat sich dieser Umstand weiter verschärft.

¹ Anm. d. Red.: Fatia ist gemeinsam mit dem Menschenrechtsanwalt Haris Azhar wegen Verleumdung angeklagt. Zu den Hintergründen des Prozesses, siehe die gemeinsame Stellungnahme zahlreicher indonesischer und internationaler NGOs und Menschenrechtsorganisationen: <https://www.watchindonesia.de/22784/desolidaritaet-fuer-fatia-maulidiyanti-und-haris-azhar-kriminalisierung-von-menschenrechtsverteidigerinnen-stoppen-und-menschenrechte-schuetzen?lang=de>.

Die Regierung verabschiedete 2020 inmitten der Pandemie das sogenannte Omnibus-Gesetz, heute bekannt als das Gesetz zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Verabschiedung des Gesetzes, mitten in der Nacht, während die Bevölkerung den Anordnungen zu Hause zu bleiben folgen musste, erscheint als Zwangsmaßnahme. Darüber hinaus wurde 2022 ein neues Strafgesetzbuch verabschiedet. Es enthält weitere gesetzliche Regelungen, die eine Bedrohung für die Presse- und Meinungsfreiheit darstellen.

Das Gesetzgebungsverfahren und die Verabschiedung des Omnibus-Gesetzes erfolgte ohne wirkliche Einbeziehung und Berücksichtigung von Empfehlungen der Zivilgesellschaft. Wir dienten lediglich als Feigenblatt, um es so aussehen zu lassen, als hätte sich die Regierung ernsthaft mit uns beraten. Unsere Empfehlungen wurden letztlich überhaupt nicht berücksichtigt. Trotz der Brutalität und zahlreicher Verhaftungen durch die Sicherheitsbehörden kam es zu großen Demonstrationen gegen das Omnibus-Gesetz. Denn die gesellschaftlichen Auswirkungen, insbesondere auf Arbeitnehmer:innen, sind gravierend.

Das Thema Westpapua ist ebenso von großer Bedeutung. Es birgt viele Herausforderungen, die mit militärischen und politischen Fragen zusammenhängen. Die lokale Bevölkerung in Westpapua ist von Rassismus betroffen, gleichzeitig gibt es Wirtschaftsprojekte, die mit dem Militär verquickt sind. Westpapua ist wirtschaftlich von enormer Bedeutung für Indonesien. Insbesondere der Bergbausektor spielt eine große Rolle. Auch im Zusammenhang mit der Umwandlung von fruchtbarem Land in Food-Estate-Projekte gibt es starke Hinweise darauf, dass das Militär sowohl mit verschiedenen Unternehmen zusammenarbeitet als auch in die Umsetzung staatlicher strategischer Projekte involviert ist. Dieses Muster ist in anderen Regionen, in denen gleichzeitig Unternehmen tätig sind und militärische Operationen stattfinden, ebenfalls verbreitet.

Die Einbindung von Unternehmen in Regierungspolitiken ist ein großes Problem und stellt eine Herausforderung für Menschenrechtsaktivist:innen dar. Viele Projekte und Maßnahmen und Gesetze der Regierung beziehen die lokale Bevölkerung nicht mit ein und führen letztlich zu Zwangsräumungen, Kriminalisierung und anderen Menschenrechtsverletzungen. Opfer von Kriminalisierung sind dann häufig diejenigen, die sich lautstark gegen solche Projekte wehren.

Nicht nur ich selbst bin von Kriminalisierung betroffen, sondern auch Haris Azhar, Rocky Gerung und – was am beunruhigendsten ist – drei Bauern aus dem Dorf Pakel, die zu fünf Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Ziel der Kriminalisierung ist es, Menschen abzuschrecken, staatliche Institutionen zu kritisieren. Laut einer aktuellen Umfrage der Organisation SAFEnet haben in Indonesien mittlerweile rund 62 Prozent der Bevölkerung Angst, offen ihre Meinung zu äußern.

Derzeit führt auch eine Polarisierung innerhalb der Gesellschaft zu Konflikten zwischen Gruppen, die entweder Menschenrechtsaktivist:innen unterstützen oder ablehnen. In der Konsequenz verursacht dies auch Reibung und Spannungen, wenn es darum geht, für Menschenrechte einzutreten. Die horizontalen Konflikte, die aus den geschilderten Situationen entstehen, führen zu Auseinandersetzungen zwischen den betroffenen Gemeinden selbst, wie im Landstreit in Wadas zu beobachten ist.²

² Anm. d. Red.: Seit geraumer Zeit kommt es in Wadas in Zentraljava wiederholt zu teils gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Polizei und lokaler Bevölkerung. Diese Bevölkerung wehrt sich gegen einen geplanten Steinbruch, der Material zum Bau eines Staudamms liefern soll.

Darüber hinaus werden gezielt Anti-Menschenrechts-Massenorganisationen mobilisiert, um die Bemühungen derjenigen, die sich für ihre Menschenrechte einsetzen, zu bekämpfen.

Siehst du bei den Wahlen 2024 irgendwelche Persönlichkeiten, politische Parteien und/oder Bewegungen, die sich eindeutig auf die Seite der Menschenrechte stellen und für ein Ende der Straflosigkeit eintreten? Wie könnten die bevorstehenden Wahlen 2024, insbesondere während des Wahlkampfes, von Fragen der Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit beeinflusst werden?

Von den drei existierenden Präsidentschaftskandidaten und ihren Vizekandidaten hat sich niemand als fortschrittlicher Befürworter von Menschenrechten erwiesen oder schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen wirksam angegangen. Prabowo hat eine fragwürdige Bilanz und auch die anderen Kandidaten haben in Sachen Menschenrechte nur unzureichende Erfolge vorzuweisen.

Obwohl Kandidaten wie Anies Baswedan und Ganjar Pranowo mehrere Programme im Zusammenhang mit Menschenrechten erwähnt haben, gibt es Defizite, die ein ernsthaftes Engagement für die Bekämpfung von Straflosigkeit und Menschenrechtsverletzungen nicht erkennen lassen. Es ist zu befürchten, dass die bloße Erwähnung des Themas lediglich darauf abzielt, mit minimalem Aufwand politische Unterstützung zu bekommen.

Bei den bevorstehenden Wahlen können Themen wie Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit die Richtung des Wahlkampfes und die Grundfreiheiten selbst beeinflussen. Gesellschaftliche Polarisierung und Intoleranz gegenüber religiösen und LGBTIQ+- sowie antikommunistische Haltungen werden oft genutzt, um politische Unterstützung zu erhalten. Dies kann Stigmatisierung sowie die Entstehung innergesellschaftlicher Konflikte begünstigen und zur weiteren Einschränkung der Meinungsfreiheit führen. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass die Kandidaten versuchen, Aktivist:innen zu kooptieren, was zu Spaltungen unter den Aktivist:innen selbst führen würde.

Was die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen betrifft, so werden sie von politischen Kandidat:innen und Parteien oft nicht wahrgenommen. Dabei können sie einen wichtigen Beitrag bei der Bekämpfung von Straflosigkeit und der Wahrheitsfindung bei vergangenen Menschenrechtsverletzungen leisten. Keine politische Partei und kein:e Kandidat:in sucht aktiv nach Input oder Ideen von Organisationen der Zivilgesellschaft.

In Indonesien gibt es keine klare politische Opposition mit deutlichen programmatischen Unterschieden wie in den USA oder Europa, wo Parteien in rechts oder links eingeteilt werden. Derzeit treten drei Kandidaten zwar während des Wahlkampfes gegeneinander an, aber nach der Wahl können sie unter Umständen Bündnisse ein-



© Forum Asia

gehen und die Kontrahenten als Minister in die neu gewählte Regierung eintreten, wodurch jegliche Opposition innerhalb der politischen Parteien ausgelöscht würde. Insgesamt gibt es bei den Wahlen 2024 keine Person, politische Partei oder Bewegung, die Menschenrechte und die Beendigung der Straflosigkeit entschieden unterstützt oder befürwortet. Trotzdem engagieren sich Zivilgesellschafts- und Menschenrechtsaktivist:innen weiterhin aktiv für die Menschenrechte und sorgen dafür, dass die damit verbundenen Themen weiterhin auf der politischen Agenda stehen.

Deine umfangreiche Dokumentation vergangener schwerer Menschenrechtsverletzungen hat gezeigt, dass es weiterhin viele ungelöste Fälle von Menschenrechtsverletzungen gibt. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat die Regierung unter Jokowi jedoch nur Engagement für außergerichtliche Mechanismen gezeigt. Wie siehst du diesen Ansatz und seine Auswirkungen auf das Erlangen von Gerechtigkeit in Fällen schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen, insbesondere was die Massenmorde von 1965 angeht?

Meiner Ansicht nach ist dieser Ansatz der Regierung Jokowi, sich auf außergerichtliche Mechanismen bei der Aufarbeitung schwerwiegender Menschenrechtsverletzungsfälle zu konzentrieren, nicht ausreichend, um Gerechtigkeit herzustellen.

Die diesbezügliche präsidentiale Entscheidung mag mit den Versprechen Jokowi, die er während des vorherigen Wahlkampfs gemacht hat, übereinstimmen. Dieser Ansatz entspricht jedoch nicht den bestehenden rechtlichen Standards, wie sie im Gesetz Nr. 26 von 2000 festgelegt sind. Dieses Gesetz betont ausdrücklich die Notwendigkeit einer gerichtlichen Aufklärung schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen.

Der außergerichtliche Ansatz entbindet den Staat von der Verpflichtung, die Täter von Menschenrechtsverletzungen strafrechtlich zu verfolgen und für ihre Taten zur Rechenschaft zu ziehen. Dies führt zu Ungerechtigkeit für die Opfer, da es keine Wahrheitsfindung, Entschädigung, Rehabilitierung oder rechtliche Verantwortung gibt, um die Kette der Straflosigkeit zu durchbrechen und einer Wiederholung von Rechtsverletzungen vorzubeugen. Man hat den Eindruck, dass sich die Aufklärung schwerer Menschenrechtsverletzungen ausschließlich auf die materielle Wiedergutmachung konzentriert und Aspekte der Gerechtigkeit und der Offenlegung der Wahrheit vernachlässigt werden.

Im Fall des Massenmordes von 1965 gelang es diesem außergerichtlichen Ansatz nicht, die gebotene Gerechtigkeit herbeizuführen. Opfer und ihre Familien fordern weiterhin die Offenlegung der Wahrheit, Entschädigung und ein Bekenntnis zur Rechenschaftspflicht.

Ich bin der Auffassung, dass die Kandidaten einen umfassenderen Ansatz bieten müssten und sich verpflichten sollten, Fälle schwerer Menschenrechtsverletzungen zu lösen. Sie müssen die Notwendigkeit der gerichtlichen Aufarbeitung anerkennen.

Darüber hinaus müssen sie sich dazu verpflichten, internationale Konventionen im Bereich der Menschenrechte zu ratifizieren und die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen im politischen Prozess zu stärken. Nur so können wir auf größere Fortschritte bei der Erlangung von Gerechtigkeit für Opfer schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen in Indonesien hoffen.

Es gibt verschiedene Forderungen von lokalen Organisationen und von Überlebenden schwerer Menschenrechtsverletzungen. Welche Maßnahmen sollte der nächste Präsident nach der Wahl einleiten, um Gerechtigkeit für die Überlebenden zu erreichen?

Die Forderungen von Überlebenden und zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie Anerkennung, Entschädigung und die Einrichtung von Menschenrechtsgerichten, sollten im Mittelpunkt ihrer Agenda stehen.

Erstens müssen sich die Kandidaten dazu verpflichten, vergangene Menschenrechtsverletzungen anzuerkennen. Dabei geht es darum, den Sachverhalt gründlich und transparent aufzudecken, Täter:innen auch auf höchster Ebene zur Rechenschaft zu ziehen und die Rolle staatlicher Institutionen bei den Verstößen ans Licht zu bringen.

Zweitens müssen die Kandidaten den Überlebenden eine angemessene Entschädigung gewähren. Diese Entschädigung sollte sowohl materielle als auch immaterielle Aspekte umfassen, wie etwa Wiedergutmachung, Rehabilitation, psychologische Unterstützung und soziale Genesung der Opfer.

Es ist von entscheidender Bedeutung, einen ganzheitlichen Ansatz zu verfolgen und auf die Bedürfnisse betroffener Einzelpersonen und Gruppen einzugehen.

Drittens müssen sich die Kandidaten dazu verpflichten, ein unabhängiges und unparteiisches Menschenrechtsgericht zu unterstützen. Dieses Gericht sollte die Befugnis haben, Täter schwerer Menschenrechtsverletzungen strafrechtlich zu verfolgen. Die Einrichtung von Menschenrechtsgerichten wird Opfern einen Weg bieten, Gerechtigkeit zu erlangen, und verhindern, dass Menschenrechtsverletzungen ungestraft bleiben.

Darüber hinaus müssen die Kandidaten andere mit Menschenrechtsverletzungen verbundene Probleme angehen. Dazu gehören Straflosigkeit, Korruption und das Leugnen der Wahrheit. Sie sollten konkrete Maßnahmen zur Bewältigung dieser Probleme vorschlagen, einschließlich der Stärkung von Rechtsdurchsetzungsbehörden, der Reform des Justizsystems und der Förderung von Transparenz und Rechenschaftspflicht.

Wie optimistisch bist du? Hast du die Hoffnung, dass die Kandidaten Straflosigkeit, Korruption und die Leugnung der Wahrheit über vergangene Menschenrechtsverletzungen überwinden können?

Meine Einschätzung ist es, dass die aktuelle Situation so lange fortbestehen oder sich sogar verschlechtern wird, solange diejenigen an der Macht bleiben, die in Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind. Was die Bewertung der einzelnen Kandidaten angeht, so bildet das Gesetz Nr. 26/2000 die Richtschnur, obwohl auch dort noch Überarbeitungen notwendig sind.



© Forum Asia



Koordinierendes Ministerium für maritime Angelegenheiten und Investitionen, Jakarta © Watch Indonesia!

Aber ohne ausreichenden politischen Willen wird keine rechtliche Reform eine bedeutende Auswirkung zeitigen.

Das DPR (Volksrepräsentantenhaus) hat u.a. die Empfehlung aus dem Universellen Periodischen Überprüfungsverfahren des UN-Menschenrechtsrats erhalten, das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs zu ratifizieren. Wenn es tatsächlich den Willen dazu gäbe, wäre die Ratifizierung

längst erfolgt, aber das ist nicht geschehen. Auch das internationale Übereinkommen gegen Verschwindenlassen wurde bis heute nicht ratifiziert, obwohl zuvor Versprechungen dazu gemacht wurden.

In Abwesenheit eines Menschenrechtsgerichts, das möglicherweise schwierig einzuberufen wäre, wäre der grundlegendste politische Schritt die Offenlegung der Wahrheit, aber dies ist bisher nicht geschehen. Die Bekämpfung von Korruption erfordert m.E. eine Gesamtreform der Anti-Korruptionsbehörde.

Können zivilgesellschaftliche Organisationen bei den Wahlen 2024 einen Beitrag leisten, um Straflosigkeit zu überwinden und die Wahrheit über vergangene Menschenrechtsverletzungen aufzudecken?

Ich bin pessimistisch angesichts der Entwicklungen der vergangenen fünf Jahre. Trotz unserer Bemühungen, auf die Politik Einfluss zu nehmen, bleibt das zivilgesellschaftliche Engagement eine Randerscheinung, dem überdies kaum Beachtung geschenkt wird. Die Rolle der Zivilgesellschaft ist zudem nach wie vor hauptsächlich darauf beschränkt, sich gegen menschenrechtswidrige staatliche Praktiken zu wehren und hat noch die Aufgabe vor sich, von sich aus, aktiv auf die angemessene Umsetzung von bestehenden Menschenrechtspolitiken zu pochen.

Unsere Interviewpartnerin

Fatia Maulidiyanti war von 2020 bis 2023 Koordinatorin der Kommission für die Verschwundenen und Opfer von Gewalt (KontraS). Fatia setzt sich dafür ein, Einzelpersonen, insbesondere die jüngere Generation, dazu zu befähigen, die Führung in der Menschenrechtsbewegung Indonesiens zu übernehmen. Derzeit ist sie Vizepräsidentin der Internationalen Föderation für Menschenrechte (FIDH) und Mitglied des UN-Beratungsausschusses in Indonesien. Für ihr Engagement erhielt sie den Tasrif Award 2023 der Allianz Unabhängiger Journalisten (AJI).

Das Interview führte Kartika Manurung, Vorstandsmitglied von Watch Indonesia! e.V. Sie promoviert an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn zum Thema Organisationsstrategien indonesischer Arbeiter:innen und Frauen.